

## Fragenkatalog an SpitzenkandidatInnen in Bund und Ländern

Abgeordnetenbüro Uwe Beckmeyer

Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vorsitzender der AG Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1) Wie stehen Sie zur Verantwortung des Gemeinwesens für gleichberechtigte Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen und welche Konsequenzen ergeben sich darauf für Sie und Ihre Partei auf lange Sicht sowie im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode? In der deutschsprachigen Übersetzung wird „Barrierefreiheit“ mit „Unabhängigkeit“ übersetzt – das verschiebt u.E. die Verantwortung, wie sie in der UN-Konvention gemeint ist.

Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderung Teilhabe und Selbstbestimmung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben sowie am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Das Übereinkommen der Vereinten Nationen hat für die Herstellung gleicher Lebenschancen behinderter Menschen weltweit neue Impulse gegeben. Es geht dabei nicht um Spezialrechte für eine bestimmte Gruppe, sondern darum, Menschen mit Behinderung die Rechte zuzusichern, die jeder von uns für sich in Anspruch nimmt. Damit die Konvention ihre volle Wirkung entfalten kann, werden wir einen Nationalen Aktionsplan verabschieden – und darin konkrete Maßnahmen im Bund, in den Ländern und den Kommunen definieren.

2) Menschen mit Behinderungen beanspruchen als Subjekte ihres Handelns mit gleichen Rechten betrachtet zu werden und nicht als Empfänger/innen zugestanderer Fürsorge.

Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach geeignet, von einer Politik der Stellvertretung zu einer Politik der Selbstvertretung einschließlich der erforderlichen Assistenz zu führen? Welche Maßnahmen planen Sie auf lange Sicht und welche für die nächste Legislaturperiode?

Wir wollen, dass alle Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft gleichberechtigt aktiv teilhaben können. Dazu gehören die freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes genauso wie das Recht auf und die freie Auswahl von Art, Ort und Umfang von Unterstützungsleistungen, die Teilhabe und Selbstbestimmung erst möglich machen. Wir wollen auf Bundesebene einen Teilhaberrat einrichten, der mit allen Akteuren gemeinsam Leitlinien für die Leistungen der Rehabilitation und Teilhabe definiert. Ihm werden chronisch kranke und behinderte Menschen und deren Verbände angehören.

Wir wollen die Unterstützungsleistungen kontinuierlich ausbauen und verbessern. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Persönliche Budget. Wir wollen die Möglichkeiten verbessern, es in Anspruch zu nehmen. Den Verschiebebahnhof zwischen den Rehabilitationsträgern wollen wir beenden. Es muss gelingen, dass alle Leistungsträger nach einheitlichen Kriterien zusammenarbeiten und die Betroffenen die ihnen zustehenden Leistungen aus einer Hand erhalten. Perspektivisch wollen wir ein sog. Teilhabegeld einführen, das bedarfsgerecht und aus einer Hand gezahlt wird.

3) Erziehung und Bildung haben die Chance, seelisch-geistige Dispositionen der aufwachsenden und kommenden Generationen zu prägen. Eine gemeinschaftsfähige Gesellschaft wird in Kindertagesstätten und Schulen grundgelegt. Die UN-Konvention spricht von einem inklusiven Bildungssystem als Voraussetzung einer alle einbeziehenden Gesellschaft.

Welche Möglichkeit sehen Sie für sich und Ihre Partei, vom Bund auf die Länderregierungen entsprechend der Anforderungen der UN-Konvention einzuwirken? In welche Richtungen sollten die Länder Ihrer Meinung und der Meinung Ihrer Partei nach ihre Bildungssysteme entwickeln? Wie sollte der Prozess der Veränderung gesteuert werden? Was versprechen Sie persönlich sich von einer inkludierenden Bildung?

4) Sowohl im Hinblick auf den Besuch der allgemeinen Schule wie bei ambulanter Versorgung besteht in Deutschland ein Kostenvorbehalt, der mit der UN-Konvention nicht vereinbar ist. Welche Maßnahmen werden Sie bzw. Ihre Partei lang- und kurzfristig ergreifen, um in diesem Sinne menschenrechtsgemäße Lebensverhältnisse auch für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten?

Zu Frage 3 und 4:

Wir wollen Teilhabe von Anfang an: Wir streben ein Schulsystem an, in dem alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen, ihre individuellen Fähigkeiten entwickeln und das selbstverständliche Zusammenleben erfahren. Wir fordern einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. Dieser darf nicht an Kosten scheitern – das wollen wir sicherstellen. Außerdem wollen wir kontinuierlich neue Perspektiven für die integrative Berufsausbildung und Weiterbildung sowie die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem normalen Arbeitsmarkt schaffen. Die Sozialleistungen wollen wir auf das Integrationsziel abstimmen. Bei der Verbesserung des Teilhaberechts sind auch die Kommunen und Länder gefordert.